



Konzept zur Luftreinhaltung

Seit Jahren liegt die Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung in Stuttgart über den europaweit zulässigen Grenzwerten. Am Neckartor wurde der Feinstaub-Grenzwert 2016 an 63 Tagen überschritten. Zulässig ist eine Überschreitung nur an 35 Tagen pro Jahr. In einem im April 2016 vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart geschlossenen Vergleich hat sich das Land verpflichtet, den Verkehr am Neckartor an Tagen mit „Feinstaubalarm“ um ca. 20 Prozent zu reduzieren. Zudem drohen Strafzahlungen an die EU wegen Vertragsverletzungen. Das Land ist also gezwungen, schärfer gegen die Luftverschmutzung vorzugehen. Der grüne Verkehrsminister hatte daher strenge Verkehrsbeschränkungen ins Spiel gebracht wie die Vorschrift, nur Fahrzeuge mit mehreren Insassen in die Stadt fahren zu lassen. Nun ist es der CDU gelungen, eine bessere Lösung durchzusetzen. Das neue Gesamtkonzept setzt langfristig auf die bundesweite Einführung der Blauen Plakette für besonders schadstoffarme Fahrzeuge. Falls der Bund die Blaue Plakette jedoch nicht zeitnah zur Verfügung stellt, müssen ab dem nächsten Jahr an Tagen mit extrem hoher Schadstoffbelastung die Straßen im Stuttgarter Talkessel und in Feuerbach sowie teilweise in Zuffenhausen für Diesel-Fahrzeuge, die nicht die Abgasnorm Euro 6 erfüllen, gesperrt werden. Ausnahmen sind dann nur für den Lieferverkehr, für Handwerker sowie für Anwohner vorgesehen. Diese Einschränkungen erstrecken sich also nur auf die Tage im Jahr mit ungünstiger Wetterlage und auf einen eng begrenzten Raum. Parallel soll der Schadstoffausstoß durch verschiedene weitere Maßnahmen reduziert werden. Dazu gehören der Ausbau des Verkehrsnetzes, um den Talkessel von Durchgangsverkehr zu entlasten, ein Logistikkonzept zur emissionsarmen Belieferung der Unternehmen sowie ein Parkraummanagement. Vorgesehen sind auch zusätzliche Regionalbahn-, S-Bahn-, Stadtbahn- und Busverbindungen. Elektro-, Hybrid- oder Erdgasantriebe sollen stärker gefördert werden. Im Landkreis Böblingen ansässige Unternehmen wie Porsche, Daimler und Bosch könnten mit ihrer innovativen Forschung zusätzlich dazu beitragen, intelligente Lösungen für die Feinstaubproblematik zu entwickeln.

Zuschusserhöhung Gedenkstätten

Auf Initiative der CDU-Fraktion steigt der Landeszuschuss für den Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb im Haushalt 2017 um 10.000 Euro auf 35.000 Euro. Damit kann der Verbund, zu dem auch die KZ-Gedenkstätte Hailfingen/Tailfingen gehört, seine vorbildliche Arbeit weiter verbessern. Die Mittel dienen der Vernetzung der beteiligten Gedenkstätten, der Stärkung ihrer ehrenamtlichen Arbeit und dem Ausbau der Jugendarbeit, der Nachwuchsförderung und der Öffentlichkeitsarbeit.

Bezüge der Abgeordneten

Der Landtag nimmt die Änderung der Altersversorgung für Abgeordnete zurück. Eine Expertenkommission soll nun Empfehlungen erarbeiten. Damit haben CDU, Grüne und SPD auf die Kritik an dem Gesetz reagiert. Es hatte vorgesehen, dass Abgeordnete künftig zwischen der Einzahlung in eine private Rentenversicherung und einer staatlichen Pension wählen können. Die Aufstockung des Mitarbeiterbudgets und der Sachkostenpauschale bleiben bestehen. Die Diäten der Abgeordneten wurden nicht erhöht. Sie waren nur insofern Teil der Gesetzesänderung, als sie sich künftig am Nominallohnindex für Vollzeitbeschäftigte orientieren sollen. Sinkende Lohnsummen in der Bevölkerung führen so zu einer Kürzung der Diäten.

Neujahrsempfang CDU Leonberg

In einer optimistischen Rede beim Neujahrsempfang des CDU-Stadtverbands Leonberg stellte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Prof. Dr. Wolfgang Reinhart, die Leistungsfähigkeit und den Wohlstand Deutschlands und Baden-Württembergs heraus. Sabine Kurtz, die zum 14. Mal zu einem Neujahrsempfang in Leonberg als CDU-Stadtverbandsvorsitzende einlud, lobte den Gast als klugen, kollegialen und kompetenten Chef, der seine Mannschaft mit viel politischer Erfahrung, einem weiten Horizont und einer guten Prise Humor zu führen wisse. Unter den Ehrengästen waren neben dem Bundestagsabgeordneten Clemens Binninger auch der neue CDU-Bundestagskandidat Marc Biadacz und Pfarrer Dennis Müller als Hausherr. Sabine Kurtz nahm in ihrer Funktion als Landtagsabgeordnete auch in diesem Jahr wieder an zahlreichen Neujahrsempfängen im Kreis Böblingen teil, z.B. bei der CDU Herrenberg, in Weil der Stadt auf Einladung der Stadt und der Keppler-Stiftung, in der Gemeinde Bondorf und beim JU-Kreisverband Böblingen.

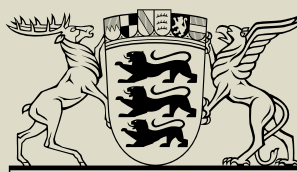


Sabine Kurtz

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart
Tel.: 0711 2063 951
Fax.: 0711 2063 14 951
sabine.kurtz@cdu.landtag-bw.de
www.sabine-kurtz.de



Innere Sicherheit verbessern

Das Polizeirecht zu reformieren und zusätzliche Schritte zur Verbesserung der Sicherheit im Land zu unternehmen ist ein wichtiges Anliegen von CDU-Innenminister Thomas Strobl. Um sog. Gefährder, d.h. Personen, von denen die Gefahr massiver Straftaten ausgeht, intensiver und entschlossener überwachen zu können, plant die Landesregierung zusätzliche Maßnahmen im Bereich der Telekommunikationsüberwachung sowie der intelligenten Videoüberwachung. Beschlossen sind die Aufstockung der Zahl der Polizeibeamten und eine bessere Ausstattung der Mobilien Einsatzkommandos der Polizei. Weiterführende Hinweise finden Sie unter <http://www.sabine-kurtz.de/index.php/2012-05-28-00-21-53/artikel-cdu-intern/723-02-2017-massnahmen-zur-verbesserung-der-inneren-sicherheit-gefahrder-ins-visieren-balance-von-sicherheit-und-freiheit-erhalten>.

Vorsitz im Untersuchungsausschuss

Der Landtag hat Sabine Kurtz zur Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses „Zulagen Ludwigsburg“ gewählt. Er soll die Vorgänge um möglicherweise rechtswidrige Besoldungszulagen für Professoren an der Hochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen Ludwigsburg zu Beginn des Jahres 2011 untersuchen und das darauf folgende Krisenmanagement sowie mögliche Pflichtverletzungen von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) aufklären. In seiner konstituierenden Sitzung am 22. Februar 2017 hat der Untersuchungsausschuss erste Beweisunterlagen verabschiedet. Diese zielen auf einen Regierungsbericht sowie die Akten und Beweismittel aus verschiedenen Ministerien und Behörden. Auch die Staatsanwaltschaft ermittelt seit kurzem in der Sache. Als Vorsitzender obliegt Sabine Kurtz die Leitung der Beweisaufnahmen und Zeugenaussagen sowie der Debatten des mit 13 Abgeordneten aller Landtagsfraktionen besetzten Gremiums. Nähere Informationen finden Sie unter [Pressemeldung](#) des Landtags und unter [Fernsehbericht des SWR](#).



Unterrichtsqualität optimieren

In Studien wie dem IQB-Bildungstrend 2015 hat Baden-Württemberg zuletzt sehr schwach abgeschnitten. Sowohl das Kultusministerium als auch die Regierungsfractionen haben daher jüngst die Leistungsfähigkeit des Schulsystems und die Unterrichtsqualität in Veranstaltungen mit Wissenschaftlern, Schulpraktikern und Verbandsvertretern in den Blick genommen. Wissenschaftliche Untersuchungen belegen, dass es besonders abträglich für die Leistung der Schüler ist, wenn Fächer von Lehrkräften unterrichtet werden, die dafür nicht speziell ausgebildet wurden. Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann (CDU) will die Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern neu organisieren. Auch Schulleiter sollen besser qualifiziert und entlastet werden, um ihre Leitungsfunktion wahrzunehmen. Mit der Prüfung des Einsatzes der Ressourcen im Schulsystem wurde der Landesrechnungshof beauftragt.

Sanierungsbedarf im Finanzamt

Dass sich die zugesagte Sanierung des Leonberger Schlosses verzögert, bereitet der Leitung und den Mitarbeitern des dort ansässigen Finanzamts große Sorgen. Bei ihrem Besuch erhielt Sabine Kurtz Einblick in die Beschwerlichkeiten der Arbeit in dem denkmalgeschützten Gebäude. Besonders problematisch ist, dass die brandschutztechnischen Anforderungen weiterhin nicht erfüllt sind. Zwischenzeitlich hat das zuständige Amt für Vermögen und Bau in Ludwigsburg signalisiert, dass mit einem Baubeginn im Juni 2017 zu rechnen ist.

Vorlesestunde in der Stadtbücherei

„Es klopft bei Wanja in der Nacht“ – dieses Bilderbuch las Sabine Kurtz Kindern im Vorschulalter in der Leonberger Stadtbücherei vor. Auf Einladung der Bibliothekarinnen präsentierte sie ihren zahlreichen kleinen Zuhörerinnen und Zuhörern die Geschichte von Tilde Michels mit Hilfe eines japanischen Kamishibai-Tischtheaters. Es besteht aus einem bühnenähnlichen Rahmen, in den nacheinander verschiedene Bilder passend zum Text eingeschoben werden.



Förderung von Gewerbeschauen

Gewerbeschauen sind ein wichtiges Schaufenster für lokale Betriebe. Gerade kleine und mittlere Unternehmen haben dort die Möglichkeit, sich einem größeren potentiellen Kundenkreis zu präsentieren. Im Gegenzug können die Besucher sich über das Angebot heimischer Betriebe informieren. Die grün-rote Landesregierung hatte 2012 die Förderung gegen den Widerstand der CDU eingestellt. Auf Antrag der CDU unterstützt das Land die örtlichen Leistungsschauen im Haushalt 2017 wieder mit 150.000 Euro.



Messe „Mensch und Zukunft“ in Weil der Stadt

Neue Ganztagschulen im Kreis

In Weil der Stadt und Sindelfingen gibt es ab kommendem Schuljahr zwei weitere Ganztagschulen: Das Kultusministerium hat die Anträge der Grund- und Werkrealschule Würmtal-schule Merklingen und der Gemeinschaftsschule im Eichholz genehmigt. Ganztagsangebote ermöglichen Familien die Wahl zwischen verschiedenen Betreuungsformen für ihre Kinder. Für die CDU ist daher wichtig, dass die Ganztagschulen familienfreundlich und flexibel ausgestaltet sind und Betreuungsangebote wie Horte, Kernzeitbetreuung und verlässliche Grundschule auch künftig eine Perspektive haben. Angebote von außerschulischen Partnern wie Musikvereinen, Sportvereinen, Jugendkunstschulen und Kirchen bereichern die Ganztagschulen. Aktuell entwickelt die Landesregierung ihr Ganztagskonzept weiter. Es soll auf einem Ganztagsgipfel am 15. Mai 2017 mit rund 500 Teilnehmern in Kornwestheim diskutiert werden.

Stärkung der Jugendbildung

Die Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt ist eines von vier Tagungshäusern im Land, in denen sich junge Menschen zu politischen und gesellschaftlichen Themen weiterbilden in Seminaren z.B. zu demokratischer Jugendbeteiligung, Europa, Rechtsextremismus, Flucht und Migration. Dank der CDU bekommen die Jugendbildungsakademien im Haushalt 2017 zusätzlich 250.000 Euro, um ihr Bildungsprogramm weiter auszubauen.



Gespräch mit Vertretern der Jugendbildungsakademien im Internationalen Forum Burg Liebenzell

Spende für Hospiz Leonberg

Mit ihrer traditionellen Tombola auf dem Nikolausmarkt in Leonberg sammelte die CDU mit Hilfe prominenter Losverkäufer wie Dr. Barbara John und Oberbürgermeister Bernhard Schuler 3.000 Euro Spenden für das Hospiz Leonberg. Bei der Scheckübergabe dankte die Vorsitzende des Hospizes, Kristin Kuhl, den Christdemokraten für die großzügige Hilfe. Organisiert hatte den Losverkauf Gisela Ringeis mit ihrem Team. Das Hospiz in der Seestraße ermöglicht Menschen, in Würde Abschied vom Leben zu nehmen. Im Gegensatz zu den meisten anderen Hospizen wird die Leonberger Einrichtung allein vom privatrechtlichen gemeinnützigen Verein „Hospiz Leonberg e.V.“ getragen.



Erfolgreiches Kinderhaus Spitalhof

Im Kinderhaus Spitalhof gratulierten Sabine Kurtz und Elke Staubach zum Siegel Qualileo, mit dem die Stadt Leonberg das hohe Engagement und die Qualität der Kindertageseinrichtung ausgezeichnet hat. Die Kinderhausleiterin Ellen Luebke stellte den Besucherinnen das von der Fa. LEWA unterstützte Projekt „TECHNOLino“ vor. Es verfolgt das Ziel, den spielerischen Umgang mit Naturwissenschaft und Technik zu fördern. LEWA-Auszubildende basteln und experimentieren dabei mit den Kindern im Spitalhof. Im Gegenzug besuchen die Vorschüler das Unternehmen und können dort die Produktionshallen erkunden.



Kirchen für Flüchtlingsarbeit

Die Landesregierung bestätigt in ihrer Antwort auf eine Anfrage von Sabine Kurtz, dass sich die Kirchen im Land stark in der Flüchtlingsarbeit engagieren. Sie setzen auch erhebliche finanzielle Mittel dafür ein. Getragen wird die kirchliche Flüchtlingshilfe von zahlreichen Ehrenamtlichen sowie von hauptamtlichen Kräften in den Kirchengemeinden, Dekanaten und Kirchenbezirken.



Unternehmensbesuche im Wahlkreis

Mit Geschäftsführer Klaus Ensinger der Ensinger GmbH sprach Sabine Kurtz in Nufringen über die Entwicklung des erfolgreichen Familienunternehmens, das Konstruktions- und Hochleistungskunststoffe produziert. Eine große Rolle für das Produktportfolio spielen innovative Technologien wie der 3D-Druck. Die Ensinger GmbH stellt Werkstoffe für 3D-Drucker her und produziert mit diesen Druckern selbst Präzisionsteile. In der Forschung pflegt das Unternehmen intensive Kooperationen mit Hochschulen. In Leonberg besuchte Sabine Kurtz gemeinsam mit dem Europaabgeordneten Rainer Wieland, dem CDU-Bundestagskandidaten Marc Biadacz und der CDU-Fraktionsvorsitzenden im Gemeinderat Elke Staubach die LEWA GmbH. Das 1952 gegründete Unternehmen ist heute weltweit führender Hersteller von Dosier- und Prozess-Membranpumpen sowie kompletten Dosieranlagen für die Verfahrenstechnik. Die CDU-Landtagsabgeordnete dankte dem Unternehmen für seine großzügige Unterstützung von Schulen und Kindergärten, Sport und Musik in Leonberg.



Mehr Geld für Blasmusik

Der beiden Blasmusikverbände im Land erhalten für die Neubauten ihrer Musikakademien in den nächsten Jahren insgesamt 18 Mio. Euro Investitionskostenzuschüsse. Darauf haben sich die Landtagsfraktionen von CDU und Grünen kurz vor Abschluss der Haushaltsberatungen nach intensiven Verhandlungen geeinigt. Auch der Blasmusik-Kreisverband Böblingen mit seinen 35 Musikvereinen und Stadtkapellen wird in der neuen Akademie in Plochingen einen attraktiven Bildungsstandort finden, um Dirigenten, Vereinsvorstände und Jugendleiter aus- und weiterzubilden.

Ferkelaufzucht in Gäufelden

Bei einem Rundgang durch den Ferkelaufzuchtbetrieb der Familie Schäberle bei Gäufelden-Tailfingen lernten Sabine Kurtz und Marc Biadacz die Anforderungen an artgerechte Tierhaltung und moderne Stallausstattung kennen. Die Brüder Schäberle warben für die heimische Fleischproduktion und betonten die Bedeutung des nahe gelegenen Schlachthofes in Gärtringen, der kurze Wege und eine wohnortnahe Nahrungsmittelversorgung ermögliche.



Das Zusammenleben von Flüchtlingen aus verschiedenen Religionen und Kulturkreisen in den Erstaufnahmeeinrichtungen bewertet das Innenministerium als grundsätzlich positiv. Hinweise auf eine spezifische Gefährdungslage für Christen gäbe es bislang nicht. Dennoch fordert der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU, die Situation in den Flüchtlingsunterkünften aufmerksam im Blick zu behalten. Eine Pressemitteilung des EAK Baden-Württemberg sowie die Stellungnahme des Innenministeriums sind unter diesem [Link](#) abrufbar.